

Streit um Helikopter
im Gebirge Seite 12Für wen die «Ehe light»
infrage kommen könnte Seite 13Ist die Erdöl-Versorgung
gefährdet? Seite 14Die Tessiner FDP trachtet
nach einer Revanche Seite 14

Polit-Mäzene füllen das europapolitische Vakuum

Die Vereine zur Rettung der Bilateralen fordern nebst der SVP auch ähnlich gesinnte Parteien und Wirtschaftsverbände heraus

Wenn Unternehmer auf privater Basis einige Millionen für eine proeuropäische Kampagne bereitstellen, konkurrenzieren sie damit weniger Christoph Blocher als Economiesuisse, den traditionellen Financier. Dieser will eine Abstimmung vermeiden.

Simon Gempferli

Seit der Annahme der Zuwanderungsinitiative sind fast im Monatsrhythmus neue Vereinigungen, Bewegungen und Komitees entstanden, die das Vertragswerk mit der Europäischen Union retten wollen. Succèsuisse, Aufruf Schweiz in Europa, Operation Libero und Raus aus der Sackgasse sind einige davon. Am Osterwochenende trat ein weiterer Verein namens «Vorteil Schweiz» an die Öffentlichkeit. Zu den Gründungsmitgliedern gehören Nationalräte fast aller Parteien, SRG-Präsident Raymond Loretan und alt Staatssekretär Jean-Daniel Gerber.

Mehr andere als Geldsorgen

«Vorteil Schweiz» unterscheidet sich von den andern Organisationen weniger thematisch oder personell als finanziell. Die Berner Unternehmer Hans-Jörg Wyss, Jobst Wagner und Nicole Loeb wollen in den Aufbau der Bewegung zunächst 2 Millionen Franken investieren und weitere 5 Millionen im Fall, dass es zu einer Volksabstimmung über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative kommt. Die Ansage ist klar, die Namen sind Programm: Der Medizintechnik-Pionier Wyss wird auf der «Forbes»-Rangliste der reichsten Menschen mit 6.1 Milliarden Dollar Vermögen aufgeführt, weit vor den Kindern Christoph Blochers. Im schweizerischen Polit-Betrieb sind 7 Millionen Franken eine hohe,



Die Försprecher der Bilateralen schlagen ungleiche politische Wege ein (Bild: Grenzgängerverkehr im Südtessin). GORAN BASIC / NZZ

aber keine aussergewöhnliche Summe. Keine Partei ausser der SVP kann sich eine solche Kampagne leisten, wohl aber die Wirtschaft. Eine grosse Abstimmungskampagne von Economiesuisse, etwa gegen die «Abzocker»-Initiative, kostet nach Angaben des Verbands 5 bis 8 Millionen Franken. Keine Frage, dass die Wirtschaft weit mehr in eine Europa-Abstimmung investieren würde, welche ihr einen diskriminierungsfreien Zugang zum Binnenmarkt und ein liberales Zuwanderungsregime sichert.

Die Wirtschaftsverbände fahren aber einen anderen europapolitischen Kurs als «Vorteil Schweiz». Sie fürchten, eine neue Verfassungsabstimmung zu verlieren, und setzen auf eine flexible Interpretation der Masseneinwanderungsinitiative: ein Globalkontingent, das zumindest theoretisch auch unilateral in Kraft gesetzt werden könnte. Nichts deutet darauf hin, dass Economiesuisse sich an einer Kampagne «für den Erhalt des bilateralen Weges, des Völkerrechts und der Menschenrechte» einsetzen wollte, wie es «Vorteil Schweiz» auf sei-

ner noch rudimentären Website postuliert. Die Polit-Mäzene, die Christoph Blochers Bewegung gegen den «schleichenden EU-Beitritt» stoppen wollen, können also nur sehr bedingt auf die Wirtschaftsverbände zählen.

Parteien krebzen zurück

Auch der Unterstützung der Parteien können sich die proeuropäischen Vereinigungen nicht sicher sein. Fast alle von ihnen haben nämlich nach der Annahme der Zuwanderungsinitiative bezie-

hungsweise vor dem Beginn des Wahlkampfes ihre europapolitische Positionierung justiert, ja manchmal bis zur Unverständlichkeit verstellt.

Am deutlichsten korrigiert hat die SP. Das aktuelle Parteiprogramm von 2010 enthält ein unmissverständliches Bekenntnis zum EU-Beitritt. In der Wahlplattform 2015 wird Europa nur noch im Vorwort des Präsidenten erwähnt. Kein einziges der zehn Projekte, mit denen die Sozialdemokraten dieses Jahr für sich werben, berührt das Thema. Entsprechende Anträge wurden von den sonst so europafreundlichen Parteidelegierten abgelehnt. Auf der Bremse steht auch die FDP. Die vor einem Jahr verabschiedete Zukunftsstrategie enthält ein kleinlautes Bekenntnis zum Bilateralismus, wobei nicht klar wird, was das nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative konkret bedeutet.

Auf Tauchstation im Wahljahr

Wie die FDP hat auch die CVP Ende 2013 das Verhandlungsmandat für ein institutionelles Abkommen befürwortet. Wer im 20-seitigen Wahlprogramm von 2014 nach dem Stichwort Europa sucht, stösst im Kapitel «Für unsere Arbeitsplätze und unsere KMU» auf ein, zwei gut versteckte Sätze: Man wolle die Zuwanderungsinitiative umsetzen und die Bilateralen bewahren. Relativ verbindlich positionieren sich die BDP und die Grünen, die auch eine neue Abstimmung in Betracht ziehen.

Alles deutet darauf hin, dass SP, FDP und CVP in der Europafrage bis nach den Wahlen im Oktober in Deckung bleiben. Das bedeutet aber nicht, dass sich alle Politiker ducken. Für sie stellen die neuen proeuropäischen Vereine eine willkommene Spielwiese dar. Daraus abzuleiten, die kommenden Abstimmungskämpfe liessen sich ausserhalb der etablierten Verbands- und Parteistrukturen gewinnen, wäre aber naiv.